

Durch Aufklärung über die 50-Prozent-Hürde

Eine neue DIA-Studie untersucht die Akzeptanzprobleme bei Rentenreformen

Die so genannte "Conjoint-Methode" ist ein in der Marktforschung gängiges Instrument, um zu ermitteln, was Verbraucher fuer ein bestimmtes Produkt auszugeben bereit sind. Dabei werden den Befragten ganz konkrete Optionen zur Auswahl gestellt, mit exaktem Preis und genau beschriebenen Eigenschaften des Produkts. Professor Dr. Axel Börsch-Supan hat mit seinen Mitarbeitern Florian Heiss und Dr. Joachim Winter nun kürzlich eine Untersuchung abgeschlossen, die mit dieser Methode ermittelt, auf welche Akzeptanz verschiedene Rentenmodelle in der Bevölkerung stoßen. Die Untersuchung des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) hat 2 500 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger im Alter ab 18 Jahren befragt, es ist die dritte Untersuchung dieser Art, die in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Altersvorsorge(DIA) entstand. Börsch-Supan betonte, die "Schlaraffenlandoption", hohe Renten, niedrige Beiträge und frühes Eintrittsalter, habe man gar nicht erst aufgenommen, sondern sich auf finanzierbare Modelle konzentriert. Ein Ergebnis der neuen Studie lautet: "Keine finanzierbare Reformoption schafft es über die 50-Prozent-Huerde." Nur eine Zustimmung bis zu45 Prozent ließ sich für die Rentenvorschläge der Rürup-Kommission in Varianten aus Renteneintrittsalter, Beitrags- und Rentenanpassung ermitteln.

Diffuses Bewusstsein

Zwar zeigten die Ergebnisse ein erhöhtes Bewusstsein über die Krise unseres Rentensystems, doch stecke dahinter oft kaum mehr als eine diffuse, vom Hörensagen vermittelte Einsicht, der man sich selbst dann doch nicht stelle. Nur 34 Prozent der Befragten äußerten ihre Bereitschaft, eine Reduzierung der sozialen Sicherung zugunsten verminderter Steuern und Abgaben hinzunehmen. Dass 85 Prozent der Befragten, dieselbe Zahl wie im Jahre 2001, sich der Aussage anschließen, in zehn bis fünfzehn Jahren wären wir nicht mehr in der Lage, das Rentenniveau zu halten, ist wohl kaum mehr als eine pauschale Reaktion. Von den Rentnern waren immerhin 64,3 Prozent bereit, geringere Rentenerhöhungen zu akzeptieren, um die nachfolgenden Generationen nicht noch stärker zu belasten. Aus demselben Grund später in Rente zu gehen, war für 41,1 Prozent der Erwerbstätigen eine denkbare Option, im Vergleich zu den Befragungen der Jahre 2000 und 2001 eine Steigerung um etwa 10 Prozent. In punkto privater Altersvorsorge präsentiert die MEA-Studie eine durchaus positive Perspektive. Trotz der flauen Situation am Kapitalmarkt habe sich "keineswegs Entmutigung breit gemacht". 67 Prozent der Befragten hielten eine private Altersvorsorge für vorteilhafter als die gesetzliche Rentenversicherung, was sich im tatsächlichen Engagement allerdings nur bedingt niederschläge. 49 Prozent jedenfalls bekundeten, sich bereits "ausreichend" um eine private Alterssicherung gekümmert zu haben.

Geringe Kenntnisse

Zu den auffälligen Ergebnissen der MEA-Studie zählt allerdings der Befund, dass die Kenntnisse auch über unser derzeitiges System "als höchstens mittelmäßig", will heißen als schlecht, zu bewerten sind. Trotz der intensiven Diskussionen der letzten Jahre und der Berichterstattung in den Medien geraten die Befragten in Verlegenheit, wenn sie beantworten sollen, wie hoch der aktuelle Beitragssatz ist oder wie das staatliche Rentensystem grundsätzlich funktioniert, ob durch eine Umlagefinanzierung oder etwa durch Eigensparnis der jeweiligen Rentengeneration. Das derzeitige umlagefinanzierte System wird vermischt oder verwechselt mit einem System, das auf Elementen der Kapitaldeckung beruht. Nur knapp ein Drittel der Befragten beantwortete etwa die Frage nach dem für die Rente aufzubringenden Prozentsatz vom Bruttolohn, bzw. dem zutreffenden Intervall, "im Grossen und Ganzen richtig". Im Jahr 2000 wussten nur 47 Prozent der Befragten, dass ihre gesamten Rentenbeiträge zur Finanzierung der aktuellen Rentner eingesetzt wird. Das ist nicht besser geworden, im Gegenteil, in der neuen Umfrage waren es nur noch 41 Prozent. So heißt es denn auch in der Studie: "Es beruhigt nicht, dass im Laufe des Rentenreformprozesses zwischen 2000 und 2003 die richtigen Antworten eher zurückgingen." Gerade die geringe Kenntnis bei dieser Frage näherte zudem die Illusion, "dass man mit den heutigen Rentenbeiträgen auch die morgigen Renten finanzieren kann". Börsch-Supan forderte darum mit Nachdruck: "Wir müssen besser informieren." Und das heiße eben nicht mehr, sondern besser, also mit stärkerem Akzent auf den grundlegenden Aspekten wie auf den konkreten Zahlen.

Effekt durch Aufklärung

"Müssen wir also in tiefe Depression fallen?", fragte Börsch-Supan, um auf einen weiteren Befund der Untersuchung überzuleiten. Die Ergebnisse zeigten, dass die besser oder gut informierten Personen für realistische Reformoptionen deutlich eher zu gewinnen sind: "Wenn zum Beispiel alle Befragten wüssten, wie hoch der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung ist, würden die Reformvorschläge der Rürup-Kommission eine solide Mehrheit von etwa 55 Prozent erhalten. Lediglich die Transfer-Empfänger würden auch mit diesem Kenntnisstand immer noch gegen die Reformvorschläge stimmen." Und diese mit Hilfe der Conjoint-Analyse prognostizierte Steigerung der Zustimmung von derzeit allenfalls 45 Prozent auf durchaus erreichbare 55 Prozent verteidigte Börsch-Supan auch in der anschließenden Diskussion als einen möglichen, nicht unbeträchtlichen Fortschritt in der allgemeinen Debatte, als einen Ausweg aus dem Konflikt zwischen Finanzierbarkeit und politischer Zustimmung. DIA-Sprecher Katzenstein resümierte: "Das Verständnis des Systems ist die Voraussetzung für Reformen."

Dieser Artikel wurde am 20.04.2004 von der Versicherungswirtschaft veröffentlicht.